

# Kampagnenjournalismus: Analyse zweier Interviews

## 1. Interview mit Gregor Gysi in „DER SPIEGEL“ Nr. 28 vom 06.07.2009

[Onlinequelle: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,634330,00.html>]

### "Wir wehren uns zu wenig"

**Linken-Fraktionschef Gregor Gysi, 61, über den Kulturkampf in seiner Partei, die Macht der Sektierer und die Aussichten für eine Regierungsbeteiligung im Bund**

**SPIEGEL:** Herr Gysi, bevor wir anfangen: Haben Sie eigentlich das Mandat Ihrer Partei, mit uns zu sprechen?

**Gysi:** Also ich habe Katja Kippings Erlaubnis eingeholt, auch die von Oskar Lafontaine, Lothar Bisky ... nein, natürlich nicht, ich hab überhaupt kein Mandat. Ich mache das ganz auf eigenes Risiko.

**SPIEGEL:** Es ist ja bei Ihnen auch zum Risiko geworden, mit der "bösen bürgerlichen Presse" zu sprechen, wie die unabhängigen Medien bei der Linken inzwischen heißen. Auf einer Fraktionssitzung mussten sich kürzlich mehrere Abgeordnete in einer fast zweistündigen Befragung rechtfertigen, dass sie sich öffentlich kritisch zu Vorgängen in der Partei geäußert hatten.

**Gysi:** Es gab eine nichtöffentliche Sitzung, die ich jetzt nicht nachträglich öffentlich machen werde. Es ging generell darum, ob man die Medien benutzen soll, um seine Bedenken gegenüber der Partei zum Ausdruck zu bringen, oder ob es nicht besser ist, mit- statt übereinander zu reden.

**SPIEGEL:** Alle Parteiführer versuchen in den eigenen Reihen eine gewisse Disziplin zu halten,

*Das Gespräch beginnt mit einer als auflockernden Scherz getarnten Frechheit, die wahrscheinlich gezielt Stereotypen und Vorurteile in Bezug auf den Interviewten (und seine Partei) aktivieren und ihn in einem zweifelhaften, lächerlichen Licht erscheinen lassen soll. Es wird für den weiteren Verlauf suggeriert, er wäre ohnehin nicht recht ernst zu nehmen.*

*(Getroffene Hunde bellen.)*

*Unzulässige Verallgemeinerung: Alle (ach so) unabhängigen Medien heißen bei „Der Linken“ angeblich „böse bürgerliche Presse“.*

*Ohne nähere Informationen ist eine Bewertung dieses parteiinternen Vorgangs nicht möglich. Alle Parteien achten jedoch auf Einhaltung einer gewissen „Parteidisziplin“ und holen „ausscherende“ Mitglieder mit mehr oder weniger sanfter Gewalt meist schnell wieder „zurück ins Glied“...*

*... was die SPIEGEL-Redakteure sogar einräumen, um der „Linken“ sogleich*

eigenen Reihen eine gewisse Disziplin zu halten, aber woanders gelten unabhängige Journalisten nicht wahlweise als "Feinde", "BND-Agenten" oder "Lohnschreiber der Konzerne" - alles Zitate aus Fraktionssitzungen.

**Gysi:** So etwas werden Sie nicht von mir hören, auch nicht von Bisky oder Lafontaine. Aber es gibt daneben eben Leute bei uns, die haben aus eigener leidvoller Erfahrung ein leicht gestörtes Verhältnis zu den Medien. Wir haben ja im eigentlichen Sinne keine demokratische Medienwelt, woher denn? Wem gehören denn die großen Zeitungen? Wer hat denn da das Sagen? Sicherlich nicht die Arbeitslosen und Benachteiligten.

**SPIEGEL:** Man könnte die Disziplinierungsversuche auch als Ausdruck steigender Nervosität verstehen. Die Umfragezahlen sind nicht wirklich schlecht, derzeit würden Sie bundesweit etwa zehn Prozent der Wähler auf sich vereinen, aber Sie liegen deutlich unter dem, was Sie sich vorgenommen hatten.

**Gysi:** Wieso? Zehn Prozent plus x sind unser Ziel. Als die Krise ausbrach, war ich einer der wenigen, die gesagt haben, die muss uns nicht nutzen. Wo Ängste entstehen, tendieren die Wähler zunächst zu den Regierenden, nicht zu den Opponierenden.

**SPIEGEL:** Die FDP kommt mit der Situation ganz gut zurecht.

**Gysi:** Eine Stimme für uns ist immer auch eine Stimme für ein Experiment, das unterscheidet uns von der FDP, und um ein Experiment zu wagen, braucht es ein Stück innerer Freiheit. Wer sich durch eine Krise bedroht sieht, hält sich am Vertrauten fest. Laut Umfragen hat die Krise bislang sechs Prozent der Menschen unmittelbar erreicht, das ist noch nicht wirklich viel, aber das

*wieder pauschal Linksradikalismus und Medienfeindlichkeit zu unterstellen (meinen die Redakteure mit „unabhängige Journalisten“ eigentlich auch sich selbst bzw. den SPIEGEL?).*

*Wir haben nicht nur „im eigentlichen Sinne“ keine „demokratische Medienwelt“, wir haben überhaupt keine. Auch wenn die Situation in Deutschland noch etwas besser ist als in einigen anderen „demokratischen“ Staaten (bspw. Italien), beherrscht auch hier ein Oligopol weniger mächtiger Akteure den Großteil der medialen Öffentlichkeit.*

*Ein durchsichtiger Versuch, die wachsende Macht der „Linken“ schlecht zu schreiben und deren Sympathisanten zu verunsichern. Richtig ist allerdings, dass die „Linke“ von der Weltwirtschaftskrise derzeit kaum profitieren kann – was jedoch weniger an ihr selbst als (u. a.) an der erdrückenden Macht neoliberaler Medien und „Think Tanks“ liegen dürfte.*

*Ein weiterer möglicher Grund.*

*Wenn man bedenkt, wer die Medien besitzt und sich somit die „Lufthoheit“ der öffentlichen Meinung sichern kann, ist dies nicht weiter verwunderlich.*

*Diese „Umfragewerte“ schwanken nahezu zwischen 0 und 100%, je nachdem wer fragt und wer gefragt wird*

wird sich ändern. In dem Maße, in dem die soziale Frage näherrückt, wählen die Leute auch stärker das einzige soziale Korrektiv, und das sind wir.

**SPIEGEL:** Der eine Mann an der Spitze der Linken ist ein davongelaufener Bundesfinanzminister, der andere ein davongelaufener Wirtschaftsminister aus Berlin - vielleicht erwarten die Wähler in der Krise andere Qualifikationen.

**Gysi:** Das halten mir immer Leute vor, die selbst noch nie ein Ministerium regiert haben.

**SPIEGEL:** Wir bewerben uns aber auch nicht darum, das Land zu führen.

**Gysi:** Als wir in Berlin mit der SPD in Koalitionsverhandlungen traten, hieß es, dass in der Hauptstadt das Licht ausgehen werde, wenn ich regieren würde. Anstatt mir nun dankbar zu sein, dass ich aufgehört habe, kritisiert man mich jetzt dafür - das erscheint mir nicht logisch. Nur von unserem Ergebnis hängt ab, wie die Politik der Bundesrepublik sich ändert, das klingt anmaßend, aber es stimmt. Wenn wir über zehn Prozent erreichen, dann ändern sich die anderen Parteien, da müssen wir keinen einzigen Antrag stellen. Die Frage ist, ob wir den Leuten das klarmachen können, aber wir haben ja auch noch etwas Zeit.

**SPIEGEL:** Das Land braucht nach Einschätzung vieler im Augenblick keine Partei, die sich vor allem Gedanken macht, wie man Geld umverteilt, das nicht da ist.

**Gysi:** Die Umverteilungsfrage ist die Kernfrage unserer Gesellschaft. Eine Hauptursache der Krise besteht doch darin, dass wir eine gigantische Umverteilung von unten nach oben in Gang gesetzt haben, und zwar unter aktiver Beteiligung der Sozialdemokratie. Wir sind die

*fragt und wer gefragt wird.*

*Dies ist nicht sicher, sogar eher unwahrscheinlich (s. o.).*

*Es hat aber ganz schön lange gedauert, bis die Mär vom „davongelaufenen Bundesfinanzminister“ wieder einmal aufgewärmt wird. In SPIEGEL & Co. ist darauf jedoch Verlass, wie auf das „Amen“ in der Kirche.*

*Die Lichter gehen nicht schlagartig aus, doch wird es in einigen Stadtteilen immer düsterer - nicht zuletzt auch durch das Versagen der „Linken“ in Berlin.*

*Die Märchenstunde geht weiter. Hunderte von Milliarden EUR waren innerhalb kürzester Zeit verfügbar. Jedoch nur für eine Hand voll Banken - denn die sind „systemisch“, Menschen offenbar nicht.*

*Korrekt. In zahlreichen Quellen (Statistisches Bundesamt u. v. m.) nachzulesen.*

Einzigsten, die bereit sind, nun umgekehrt umzuverteilen. Die Stärke der alten Bundesrepublik bestand darin, dass sie ausgleichen konnte, und eben das tut sie nicht mehr. Sie organisiert Armut, und sie organisiert Reichtum, und zu wenig dazwischen.

**SPIEGEL:** Dann lassen Sie uns über Umverteilung reden. Ginge es nach der Linkspartei, bekäme jeder Hartz-IV-Empfänger künftig 500 Euro, plus Wohngeld. Warum soll ein normaler Familienvater dann eigentlich noch arbeiten?

**Gysi:** Wir wollen den Hartz-IV-Satz innerhalb der nächsten vier Jahre deutlich anheben, und mir erscheint das durchaus notwendig und realistisch. Man muss ja die Steigerung der Lebenshaltungskosten berücksichtigen, vermutlich wird auch bald die Mehrwertsteuer noch einmal erhöht, man sieht ja, wohin die Debatte läuft. Wenn die Löhne niedriger wären als die Bezüge ohne Arbeit, dann ergäbe sich natürlich eine Schieflage, da haben Sie recht. Deshalb wollen wir gleichzeitig einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von zehn Euro einführen.

**SPIEGEL:** Das wird aber nicht reichen, um die Arbeitsaufnahme finanziell attraktiv genug zu machen. Über seinen Mindestlohn verdient ein Familienvater mit zwei Kindern dann 1600 Euro, an staatlichen Hartz-IV-Bezügen stünden ihm nach Ihrem Modell aber zwischen 2400 und 2600 Euro zu, abhängig vom Wohngeld für eine vierköpfige Familie.

**Gysi:** Wenn beide Ehepartner Mindestlohn beziehen, liegen sie über dem Betrag, den sie als Hartz-IV-Bezieher erhielten. Außerdem hat gute Arbeit einen gesellschaftlichen Wert, den darf man nicht unterschätzen. Wer arbeitet, fühlt sich besser.

*Soso, ein „normaler Familienvater“ verdient also kaum mehr als ca. 800-1000 EUR im Monat!? Diesen Betrag benötigen in einigen dt. Städten bereits allein lebende Studenten zum Überleben. Auch wenn Deutschland in großen Schritten auf derartige Zustände zumarschiert, ist die Frage derzeit als reine Polemik zu werten.*

*Es ist wahrscheinlich, dass die Umsatzsteuer nach dem neoliberalen Sieg bei der Bundestagswahl 2009 erhöht wird. Die großzügigen Geschenke an die Banken und Großverdiener müssen schließlich irgendwie refinanziert werden – natürlich auf die sozial möglichst ungerechteste Art und Weise.*

*Wie üblich wird diese Milchmädchenrechnung nicht weiter erläutert oder vorgerechnet...*

*... was Gysi nicht weiter zu stören scheint. Jedenfalls nimmt er die Kalkulation nicht auseinander, sondern „eiert herum“. Die genannten Zahlen bleiben so für die Leser unwidersprochen im Raum stehen.*

**SPIEGEL:** Alle Parteien bemühen sich, den Wähler mit Versprechen gewogen zu stimmen, aber Ihr Programm kennt überhaupt nur gute Botschaften. Sie würden sofort hundert Milliarden Euro jährlich für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und andere löbliche Dinge lockermachen, wenn man Sie denn ließe. Natürlich steigen bei Ihnen die Renten, die Löhne und die Beihilfen zur Krankenkasse, dazu kommt ein sogenannter Zukunftsfonds mit noch einmal hundert Milliarden Euro. Wahrscheinlich bekommt am Ende, wer Linkspartei wählt, auch noch ein Auto obendrauf.

**Gysi:** Ein Auto gibt's nicht.

**SPIEGEL:** Warum eigentlich nicht? Bewegungsfreiheit ist doch Menschenrecht.

**Gysi:** Weil wir den öffentlichen Nah- und Fernverkehr ausbauen wollen. Im Ernst, Sie machen sich das zu einfach. Wir sind die einzige kapitalistische Industriegesellschaft, die den Menschen lange Zeit sinkende Reallöhne und sinkende Realrenten zugemutet hat.

**SPIEGEL:** Gibt es bei Ihnen eigentlich jemanden, der sich fragt, wo das Geld für die vielen Wundertaten herkommen soll?

**Gysi:** Ein Staat, der binnen einer Woche den Banken 480 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, führt sich selbst ad absurdum, wenn er bei den öffentlichen Investitionen knausert, die seine Zukunft gestalten. Ein Bundeshaushalt muss anders geführt werden als Ihr und mein Privathaushalt. In einem Privathaushalt gilt: Hat man mehr Geld, kann man mehr ausgeben, hat man weniger, muss man sparen. Beim Bundeshaushalt verhält es sich umgekehrt. Das ist unsere Vorgabe, und natürlich müssen wir das über gerechtere Steuern, auch Belastungen für Vermögende und Neuverschuldungen

*Endlich kommt der Populismus-Vorwurf. Wie der „davongelaufene Finanzminister“ Pflichtprogramm für SPIEGEL & Co.*

*Erneuter Versuch, die „Linke“ und ihr Programm als lächerlich, unrealistisch und natürlich unfinanzierbar darzustellen.*

*Wiederum eine als Scherz präsentierte Frechheit, um den Interviewten weiter zu veralbern.*

*Gysi ist routiniert genug, um ob der wiederholten Frechheiten nicht einfach aufzustehen und zu gehen. Dies würde von SPIEGEL & Co. ohnehin nur wieder als „Weglaufen“ gewertet werden.*

*Auf die sinkenden „Reallöhne“ gehen die SPIEGEL-Redakteure natürlich nicht weiter ein.*

*Wichtiger Hinweis auf den bedeutenden Unterscheid zwischen Mikro- und Makroökonomie...*

*...sowie die Möglichkeit von Vermögenssteuern...*

möglich machen, es gibt gar keinen anderen Weg.

**SPIEGEL:** Wie viele Genossen kennen Sie in den Spitzengremien Ihrer Partei, die ihr Leben nicht im Öffentlichen Dienst oder als Gewerkschaftsfunktionäre verbracht, sondern selbst etwas zum Produktivvermögen des Landes beigetragen haben?

**Gysi:** Bin ich als Anwalt jemand, der nach Ihrer Meinung Geld selbst erwirtschaftet?

**SPIEGEL:** Der Anwalt Gysi gehört zweifelsfrei zu den produktiven Kräften des Landes.

**Gysi:** Da bin ich ja froh. Sie täuschen sich, wenn Sie annehmen, dass uns nur Arbeitslose wählen. Im Osten sind wir längst Volkspartei, da repräsentieren wir den Durchschnitt der Bevölkerung. In den alten Bundesländern sind wir strukturell in einer anderen Situation, das stellt uns auch vor Probleme. Wer im Wahlkampf alle erreichen will, muss anders agieren als jemand, der vornehmlich die Benachteiligten anspricht.

**SPIEGEL:** Den von Ihnen beschriebenen Unterschied zwischen Ost und West gibt es nicht nur bei den Wählern. Was die Funktionärsschicht angeht, haben Sie es in Ihren Westverbänden vor allem mit Leuten zu tun, die in irgendwelchen DKP-Strategiesitzungen ihr Leben verhockt haben.

**Gysi:** Das ist doch Unsinn. Es ist im Gegenteil erstaunlich für mich, wie wenige aus der DKP zu uns gekommen sind.

**SPIEGEL:** Einige sind auch aus trotzkistischen oder maoistischen Zirkeln zu Ihnen gestoßen.

**Gysi:** Sie machen es sich wieder zu einfach. Wir haben bei uns ehemalige

*...worauf die SPIEGEL-Redakteure mit sicherem Instinkt sofort das Thema wechseln.*

*Da hat Gysi aber Glück, dass die SPIEGEL-Redakteure ihn (zumindest in seiner Rolle als Anwalt) als „Leistungsträger“ einstufen. Millionen Menschen in Deutschland haben dieses Glück nicht (s. o.).*

*Diffamierende, unbelegte Behauptung.*

*Richtig. Genau wie einige CDU-Mitglieder dem rechtsradikalen Milieu zuzuordnen sind. In jeder Partei finden sich „Spinner“ und Radikale – Banalität.*

Gewerkschaftsfunktionäre und natürlich jede Menge ehemaliger SPD- und Grünen-Mitglieder. Daneben gibt es die ehemaligen Mitstreiter von DKP und anderen K-Gruppen, und dann sind bei uns viele, die waren überhaupt nirgendwo organisiert. Wir sind dabei, eine neue Linke im Westen zu organisieren, da braucht man auch ein paar ältere Strukturen.

**SPIEGEL:** Was macht Sie so sicher, dass die Ideologen aus dem Westen nicht am Ende die ganze Partei übernehmen?

**Gysi:** Weil alle gemerkt haben, dass sie allein nicht erfolgreich sind. Man kann mit krassen Parolen viele verschrecken. Dann bleibt man unter sich.

**SPIEGEL:** Sie haben mal gesagt, Ihre Partei habe zehn Prozent Irre. Bei wie viel Prozent sind wir denn jetzt?

**Gysi:** Ich habe gesagt, wir haben zehn Prozent Verrückte wie jede andere Partei auch. Der letzte Halbsatz wird immer weggelassen. Aber damals war doch klar: Wenn eine Partei ausgegrenzt ist, zieht sie auch Ausgegrenzte an.

**SPIEGEL:** Dafür, dass die linken Sektierer angeblich nur eine unbedeutende Minderheit sind, haben sie einen erstaunlich großen Einfluss auf Ihr Programm und Ihr Personal.

**Gysi:** Ich erkläre Ihnen mal, wie man Sektierer wird. Man ist 19 Jahre alt, man will die Welt umkrepeln. Also sucht man Gleichgesinnte. Man hockt zusammen, schlechtesten Rotwein, alles vollgequalmt, ein bisschen Petting, am Ende verabschiedet man ein Papier von 35 Seiten, in der die Welt analysiert ist, aber haarscharf. Vom amerikanischen Präsidenten bleibt da nichts übrig. Das Problem ist nur: Der liest das nicht. Das nächste Problem ist: auch keine andere Partei. Der SPIEGEL druckt es auch

*Aha. Die „Linken“ sind also durchsetzt von gefährlichen Ideologen. Wogegen sich in den neoliberalen Parteien natürlich nur völlig unideologische Realpolitiker finden.*

*Erneut bohren die SPIEGEL-Redakteure vermeintlich hartnäckig nach – indem sie ihre unbelegte Behauptung einfach wiederholen...*

*...worauf Gysi denkbar schlecht reagiert. Anstatt die Initiative wiederzuerlangen, indem er konkret nachfragt, was und wen genau sie damit überhaupt meinen, stimmt er den Redakteuren indirekt auch noch zu, indem er eine clichéestrotzende Anekdote aus der „Mottenkiste“ zum Besten gibt.*

nicht. Wenn man Pech hat, interessiert sich nicht mal der Verfassungsschutz für einen.

**SPIEGEL:** Und wann hört diese Petting-Politik auf?

**Gysi:** Wenn aus Symbolpolitik wirkliche Politik wird. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in alle Landtage in den alten Bundesländern einziehen und auch kommunale Mandate übernehmen. Das verändert die Leute so, wie sie ihrerseits die Politik verändern.

**SPIEGEL:** Wenn Sie auch im Bund an die Macht kommen wollen, müssen Sie zuvor in einem westdeutschen Bundesland Ihre Regierungsfähigkeit beweisen. Im kommenden Frühjahr sind wieder Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, aber ausgerechnet Ihr Landesverband NRW möchte gern der "radikalste" von allen sein. Andrej Hunko, Vorstandsmitglied der Linken dort, hat soziale Unruhen in Deutschland für notwendig und wünschenswert erklärt. Ist das regierungsfähig?

**Gysi:** Ich kann nicht erkennen, was an dem Satz so schlimm sein soll. Was Hunko meint, ist doch, dass die Leute lernen müssen, sich gegen soziale Ungerechtigkeit zu wehren. Wir Deutsche wehren uns zu wenig.

**SPIEGEL:** Soll man es auch als wehrhaftes Beispiel verstehen, wenn der Duisburger Linken-Stadtrat Hermann Dierkes zum Boykott israelischer Produkte auffordert?

**Gysi:** Er hat eine Forderung des

*Natürlich eine „Steilvorlage“ für die SPIEGEL-Redakteure zur weiteren Veralberung des Interviewten (bzw. seiner Partei).*

*Durch die o. g. „Ungeschicklichkeit“ Gysis (oder die entsprechende Manipulation des Interviews durch den SPIEGEL, z.B. durch Weglassen bestimmter Äußerungen – immerhin ist Gysi eigentlich sehr routiniert und kennt die Gesprächstaktiken von SPIEGEL & Co. !?) wird dieser immer weiter in die Defensive gedrängt und muss sich in Folge auch noch für diverse Parteikollegen rechtfertigen.*

*Nun wird mit „Israelfeindlichkeit“ der ganz große Knüppel herausgeholt. Für jeden „anständigen dt. Realpolitiker“ hat Israel natürlich sakrosankt zu sein – ansonsten wird sofort mehr oder weniger offen eine Nähe zum „Antisemitismus“ unterstellt.<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> Hierzu wäre Vieles zu sagen, was im Rahmen dieser Kurzanalyse jedoch nicht ausführlich möglich ist. Daher nur einige „Stichpunkte“: Israel ist nicht gleich „israelische Regierung“, Kritik gegenüber dieser ist nicht gleich „Antisemitismus“, „Antisemitismus“ ist nicht gleich „Judenfeindlichkeit“ (Semiten sind nicht identisch mit Juden, obwohl das meist naiv so verbreitet wird). Speziell in Deutschland wird hier (aufgrund der historischen Situation und anderer Einflussfaktoren) meist nicht ausreichend differenziert. Stattdessen wird gerade in der Politik oft jede Kritik an „Israel“ (gemeint ist meist die jeweilige israelische Regierung) ängstlich vermieden – zum Schaden u.a. der israelischen Bevölkerung (die bereits zu einem erheblichen, weiter zunehmenden, Teil aus „Nichtjuden“ besteht). Die vielbeschworene „deutsch-israelische Freundschaft“ ist nicht viel Wert, wenn „Freunde“ einander nicht offen für indiskutable Handlungen kritisieren dürfen. „Gute Freunde“ zeichnet ja gerade aus, dass ehrliche – auch harte – Kritik erlaubt ist, ohne sofort zum Abbruch der Freundschaft zu führen.



Weltsozialforums zitiert und nicht bedacht, dass es einen ganz anderen Ton bekommt, wenn so etwas ein Deutscher sagt. Ich gebe zu: Ich wünsche mir manchmal, nicht jeder bei uns fühlte sich berufen, Weltpolitik zu machen.

**SPIEGEL:** Ihr Genosse André Brie sagt, dass es zu viele Leute bei der Linkspartei gebe, die Politik und Ideologie nicht auseinanderhalten können. Gehört Oskar Lafontaine dazu?

**Gysi:** Ich halte die Kritik an Lafontaine für ungerechtfertigt und undurchdacht. Erst durch ihn haben wir den Westen erreicht. Die Wahrheit ist doch: Die Rolle der PDS begann auszulaufen, jetzt sind wir wieder da. Anders. Und deutlich mehr da.

**SPIEGEL:** Muss die Linke am Ende Lafontaine nicht trotzdem opfern, um zu einer Regierung mit der SPD auch im Bund zu kommen?

**Gysi:** Politische Konstellationen hängen niemals nur an einzelnen Personen. Es muss inhaltlich passen, und im Augenblick will die SPD nicht so weit auf uns zugehen, wie sie es müsste. Hinzu kommt, dass ein rot-rot-grünes Projekt im Bund gesellschaftliche Akzeptanz braucht. Auch diejenigen, die in Bayern CSU wählen, müssten es irgendwie akzeptieren können. Eine Regierungsbildung darf eine Gesellschaft auch nicht überfordern.

**SPIEGEL:** Herr Gysi, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

*Das Gespräch führten die Redakteure Markus Deggerich und Jan Fleischhauer*

*Selbstverständlich gibt es lediglich bei den „Linken“ Ideologen – im „bürgerlichen“ Lager findet man nur unideologische Realpolitiker (s. o.). Und natürlich ist Lafontaine der große populistische Chefideologe – was auf das Führungspersonal anderer Parteien selbstverständlich nicht zutrifft.*

*Die Angst vor Lafontaine muss groß sein.*

*(heiße Anwärter auf den Pulitzer-Preis...)*

## 2. Oskar Lafontaine im ZDF-Sommerinterview vom 12.07.2009

[Onlinequelle: <http://berlindirekt.zdf.de/ZDFde/inhalt/7/0,1872,7603783,00.html>]

**ZDF:** Sie haben darauf Wert gelegt, Herr Lafontaine, dass wir uns hier im Saarland treffen. Aber wenn wir die Saarländer hören, die wir gestern befragt haben, wird auch ein bisschen Skepsis gegenüber Oskar Lafontaine deutlich. "Wenn es brenzlich wird, dann schmeißt er hin", hat uns jemand gesagt. Würden Sie denn gehen, wenn Sie nicht die Nummer eins werden?

**Oskar Lafontaine:** Das ist ja das Vorurteil, das auch viele Journalisten über Jahre gegen mich aufgebaut haben. Sie übersehen dabei, dass ich 25 Jahre Verantwortung getragen, also nie hingeschmissen habe - viel länger als jeder andere aktive Politiker. Die Saarländerinnen und Saarländer wissen das und sie wissen auch, was ich hier geleistet habe.

**ZDF:** Aber im entscheidenden Moment, im Jahr 1999, haben Sie hingeschmissen?

**Lafontaine:** Ich weiß, Sie kommen immer wieder auf den Rücktritt als Finanzminister zu sprechen. Das Wort Hinschmeißen ist eine Diffamierung. Ich war nicht einverstanden mit der Sozialpolitik, das kann heute niemand mehr bestreiten. Ich war nicht einverstanden mit der Vorbereitung des Krieges auf Jugoslawien, das kann auch niemand bestreiten. Wenn jemand dann sagt "ich gehe", dann sollte man das respektieren und nicht so dämlich von Hinschmeißen reden.

**ZDF:** Darüber reden wir gleich noch mal. Aber bleiben wir erst noch einmal einen Moment hier bei Ihrer Heimat. Sie haben gedacht: Ich schaff das mit Links, die Nummer Eins zu werden. Was ist eigentlich, wenn Sie es nicht schaffen?

*Der „davongelaufene Finanzminister“ – nicht zum letzten Mal in diesem Interview.*

*"Hingeschmissen, hingeschmissen!"*

*Lafontaine kritisiert zurecht die diffamierende, manipulative Wortwahl von Peter Frey.*

ist eigentlich, wenn Sie es nicht schaffen?

**Lafontaine:** Das haben wir nie gesagt. Wir sind hier in einer außergewöhnlichen Situation. Wir haben bei der Bundestagswahl gewissermaßen aus dem Nichts 18,5 Prozent erreicht. Das gibt es nirgendwo. Jetzt haben wir uns das Ziel gesetzt, 20 Prozent zu erreichen. Wir würden gerne die zweitstärkste Partei werden, um die Regierung zu bilden. Ob das eintritt, entscheiden die Leute hier vor Ort.

**ZDF:** Das heißt, Sie wollen gar nicht mehr Ministerpräsident werden?

**Lafontaine:** Das ist eine sehr kühne Schlussfolgerung von Ihnen - die ist grundfalsch. Ich möchte das natürlich. Ich weiß natürlich, dass das ein ehrgeiziges Ziel ist.

**ZDF:** Ein ehrgeiziges Ziel, sagen Sie. Angenommen, Sie schaffen es nicht, warum bleiben Sie dann eigentlich nicht im Saarland, warum werden Sie nicht Minister mit Heiko Maas oder sogar Oppositionsführer?

**Lafontaine:** Aber Sie wissen doch, dass diese Frage ein Witz ist. Sie glauben doch nicht, dass es sinnvoll ist, dass ich Minister bei einem ehemaligen Staatssekretär werde.

**ZDF:** Sind Sie sich dafür zu schade?

**Lafontaine:** Das hat nichts mit zu schade zu tun. Das kann auf der Ebene gar nicht funktionieren. Der ehemalige Chef kann nicht Subchef werden. Das ist in den Unternehmen so, das wäre auch im ZDF so. Es wäre schlecht möglich, dass der jetzige Intendant unter Ihnen dienen würde. Das sollten Sie eigentlich einsehen.

**ZDF:** Aber das hätten Sie sich überlegen können, bevor Sie kandidieren. Ist das unter

*Lafontaine hat in seiner politischen Laufbahn zur Genüge gezeigt, dass er ein egozentrischer „Machtmensch“ ist und Peter Frey versucht, ihn damit vorzuführen. Würde er dies auch mit Koch, Seehofer oder Westerwelle so machen – alle nicht minder egozentrische „Machtmenschen“?*

Ihrer Würde?

**Lafontaine:** Nein. Ich habe den Saarländerinnen und Saarländer schlicht und einfach gesagt: Ich bemühe mich, noch einmal Ministerpräsident zu werden. Das ist mein Angebot. Wenn die Saarländerinnen und Saarländer das wollen, werde ich das machen. Ich habe von Anfang an erklärt, dass ich natürlich nicht bei einem anderen Ministerpräsidenten als Minister dienen kann. Insbesondere, da nur mein ehemaliger Staatssekretär in Frage kommt.

**ZDF:** Angenommen, Sie werden es doch, Sie werden wirklich der erste linke Ministerpräsident in einem Bundesland, im Westen gar. Machen Sie dann aus dem Saarland ein sozialistisches Musterländle?

**Lafontaine:** Die Frage wird hier natürlich nur mit Heiterkeit aufgenommen werden, denn die Saarländer kennen meine Arbeit über Jahrzehnte. Die hohe Zustimmung hier an der Saar ist ja darauf zurückzuführen, dass da wirklich einiges vorzuweisen ist. Insbesondere die Infrastruktur ist ausgebaut worden. Wir haben eine moderne Forschungslandschaft.

**ZDF:** Aber das ist ja die Leistungsbilanz von damals.

**Lafontaine:** Entschuldigen Sie, unterbrechen Sie mich nicht ständig. Wir haben eine moderne Forschungslandschaft aufgebaut, die jetzt dazu führt, dass viele Betriebe aufwachsen. Auf dieser Basis werden wir weiter arbeiten. Das weiß man hier an der Saar.

**ZDF:** Also mehr sozialdemokratisch als sozialistisch?

**Lafontaine:** Sie müssen definieren, was sozialistisch ist. Nehmen wir mal die

*Hier wird ein weiteres Mal deutlich, dass alles „Linke“, „Sozialistische“ in nahezu allen „Mainstream“-Medien tendenziell nicht ernst genommen oder offen lächerlich gemacht wird („sozialistisches Musterländle“).*

*Leistungsbilanzen haben es so an sich, dass sie sich auf Vergangenes beziehen...*

Stahlindustrie hier: Die haben wir damals verstaatlicht und dann in eine Stiftung überführt. Die Stahlindustrie ist ein Glanzstück der Saarländischen Wirtschaft. Die Schmiede beispielsweise ist Weltspitze. Darauf sind wir alle stolz und ich auch ein bisschen.

**ZDF:** Manch einer unterstellt Ihnen, Herr Lafontaine, Ihr politisches Leitmotiv laute "Rache an der SPD". Ist das so?

**Lafontaine:** Es wäre etwas billig, wenn ich mein Leben damit verbringen würde, Rache an der Partei zu üben, der ich mich nach wie vor noch verbunden fühle. Ich bedauere beispielsweise, dass die SPD derzeit solche Schwierigkeiten hat, auf Bundesebene ein Niveau zu erreichen, das eine linke Mehrheit ermöglicht. Nein, ich bin angetreten, den Sozialabbau zu stoppen. Ich bin angetreten, die Fehlentwicklungen der Außenpolitik zu stoppen. Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die gegen den Krieg in Afghanistan ist. Darauf sind wir stolz. Hier repräsentieren wir die große Mehrheit der Bevölkerung. Wir sind die einzige Partei, die sich gegen die Rentenkürzung gewandt hat, gegen Hartz IV und gegen die Praxisgebühr und all diese Zumutungen, die unnötigerweise von den anderen Parteien gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern beschlossen worden sind.

**ZDF:** Jetzt reden wir noch einmal über das Diffamieren und über das Jahr 1999. Man hat das Gefühl, je weniger Sie heute mit Ihrer Kritik ankommen, desto schriller wird Ihr Ton. Haben Sie sich selber nie verziehen, dass Sie 1999 - ich will gar nicht wieder sagen - "hingeschmissen" haben, dass Sie jedenfalls die politische

***Sobald die Sprache auf Sachthemen kommt, wird konsequent gegengesteuert hin zu persönlich-emotionalen Themen - BILD-Zeitung lässt grüßen.***

***Die anderen Parteien sehen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan offenbar immer noch als eine Art bewaffnete Entwicklungshilfe - selbst die Bezeichnung „Krieg“ wurde lange Zeit vermieden.<sup>2</sup>***

***"Zumutungen" ist die richtige Bezeichnung.***

***"Hingeschmissen, hingeschmissen!"***

---

<sup>2</sup> Und dies aus gutem Grund. Falls sich Deutschland offiziell im Krieg befinden würde, müsste der Verteidigungsfall ausgerufen werden. Also werden jedes Jahr mehr dt. Soldaten unzureichend ausgebildet und ausgerüstet an immer mehr Kriegsschauplätze in aller Welt gesandt, ohne dass dort offiziell Krieg herrschen darf. Die Resultate der Bundeswehr im Ausland gehen – trotz Ausgabe vieler Milliarden EUR – gegen Null. Im Gegenteil verspielt Deutschland langsam aber sicher seinen bislang noch guten Ruf in vielen Teilen der Erde und erschwert wirklichen dt. Entwicklungshelfern die Arbeit bzw. bringt diese in Lebensgefahr.

Verantwortung niedergelegt haben?

**Lafontaine:** Das ist ja ganz nett, wie Sie das machen: "Ich will gar nicht mehr sagen, hingeschmissen haben;"; ich glaube, das durchschauen die Zuschauer.

**ZDF:** Es ist doch ein Faktum, dass Sie das Amt niedergelegt haben.

**Lafontaine:** Bitte unterbrechen Sie mich nicht ständig. Ich möchte doch darauf hinweisen, dass ich 1999 auch zurückgetreten bin, weil meine Vorschläge, die internationalen Finanzmärkte zu regulieren, vom deutschen Kanzler nicht unterstützt wurden, vom britischen Premier nicht unterstützt wurden, natürlich auch von den USA abgelehnt wurden und deshalb keine Chance hatten. Mittlerweile gibt es ja einige anständige und faire Journalisten, die sagen: Wir haben damals über ihn gelacht, wir müssten heute sagen, er hatte Recht.

**ZDF:** Also, Herr Lafontaine, wir haben hier die Möglichkeit 20 Minuten zu sprechen und wenn Sie mit dem "anständig" vielleicht mich gemeint haben, dann weise ich das zurück. Ich sag nochmal: Sie waren 1999 einer der mächtigsten Männer der Republik. Sie waren Finanzminister. Sie waren Parteichef der SPD. Sie hätten damals die Rentenformel ändern können. Sie hatten mit dem Haushalt zu tun. Sie hätten über Auslandseinsätze der Bundeswehr mitentscheiden können. Sie sind gegangen, das ist doch ein Faktum.

**Lafontaine:** Sehen Sie, wenn Sie schon sagen, wir hätten die Rentenformel damals ändern können, dann sind Sie jetzt so tief in die Geschichte gegangen, dass Sie die Fakten nicht mehr präsent haben. Die Rentenformel war damals ausgezeichnet, die hätte ich gerne heute wieder.

*"Hingeschmissen, hingeschmissen!"*

?!

*"Hingeschmissen, hingeschmissen!"*

**ZDF:** Aber die anderen Dinge? Sie haben nicht mit gestanden. Sie sind gegangen. Sofort, als die Küche heiß wurde, sind Sie gegangen.

**Lafontaine:** Ich weiß nicht, was dieses polemische Interview jetzt soll? Sie reiten auf dem Rücktritt herum, unterstellen Dinge, die gar nicht stimmen. Als könne ein Einziger von mehreren hundert Abgeordneten eine Formel im Bundestag ändern. Als könne ein Einziger von mehreren hundert Abgeordneten die Sozialgesetzgebung ändern. Das ist doch alles kalter Kaffee.

**ZDF:** Sie sind auch in Ihre Vergangenheit gegangen, als wir über Ihre Leistungsbilanz in Saarbrücken gesprochen haben. Herr Lafontaine, wir können es uns nicht aussuchen, wann wir über die Vergangenheit gut reden und wann nicht. Aber dann fragen wir den Chef der Linkspartei heute: Lassen Sie es auch an sich abprallen, dass Ihre Zahlen bei der Europawahl so schlecht waren und dass auch die Umfragen im Moment nicht mehr zweistellig sind?

**Lafontaine:** Nein, das lässt uns nicht gleichgültig, aber das spornt uns natürlich an. Wir müssen den Wählerinnen und Wählern sagen: Wenn die Linke bei der Bundestagswahl nicht stärker wird - und das ist der entscheidende Ansatz - dann wird es nach der Bundestagswahl kräftige Steuererhöhungen geben. Es wird nach der Bundestagswahl kräftige Sozialkürzungen geben und die Sozialkürzungen werden ganz besonders stark ausfallen, wenn Schwarz-Gelb eine Mehrheit erhält, wenn Merkel und Westerwelle regieren. Nachdem Frau Merkel sich festgelegt hat, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen, drohen schlimme Sozialkürzungen. Ich sage es jetzt wieder einmal, und Sie dürfen das dann in einigen Monaten einspielen.

**ZDF:** Warum profitiert die Linke nicht mehr von

*"Hingeschmissen, hingeschmissen!"*

*Das Interview läuft jetzt bereits geraume Zeit und noch nicht einmal wurde auch nur annähernd qualifiziert über Sachthemen gesprochen. Bisher gibt Peter Frey eine für sich und das ZDF peinliche Vorstellung ab. Unabhängig davon, wie man zu Lafontaine steht – dies ist Lichtjahre von jeder Art von Qualitätsjournalismus entfernt.*

*So ist es. Die Steuererhöhungen werden aber fast ausschließlich bei indirekten Steuern erfolgen. Börsensteuern (bspw. „Tobin-Tax“), Vermögenssteuern, höhere Erbschaftssteuern etc. sind natürlich tabu.*

*Bluten müssen wie immer jene, die am wenigsten für die Krise können – Arme, Kranke, Kinder, Migranten...*

den Zeiten, wo selbst der Papst den Kapitalismus kritisiert. Die Umfragen werden ja schlechter und nicht besser.

**Lafontaine:** Wir haben ein Medienproblem, das haben wir jetzt gerade wieder festgestellt. Die Medien sind uns gegenüber nicht gerade freundlich gesonnen. Beispielsweise werden Vorschläge von uns gar nicht diskutiert. Auch dann, wenn allgemein in Deutschland darüber verhandelt wird. Zwei Beispiele: Wir haben Kurzarbeit. Wer redet darüber, dass die Linke einen Gesetzentwurf im Bundestag hat, Kurzarbeitergeld nicht zu versteuern? Wir haben Wucherzinsen in Deutschland. Wer redet darüber, dass die Linke als einzige Partei im Bundestag einen Gesetzentwurf hat, die Zinsen für Überziehungskredite, die die Ärmsten betreffen, auf sechs Prozent zu begrenzen. Ich danke Ihnen aber, dass ich das jetzt hier einmal sagen kann.

**ZDF:** Das wollen wir doch sagen. Wir haben immerhin 20 Minuten die Möglichkeit dazu, und Sie werden genauso behandelt wie alle anderen Parteivorsitzenden im ZDF-Sommerinterview.

**Lafontaine:** Ich gucke mir das Interview mit Frau Merkel an.

**ZDF:** Wenn Sie sprechen, dann ist auch Ihre politische Glaubwürdigkeit berührt. Wenn Sie zum Beispiel über die Finanzen reden, das haben Sie ja getan, gibt es Kritik auch aus Ihrer Partei. Ein ehemaliger finanzpolitischer Sprecher in Berlin ist zurückgetreten und hat die Partei mit den Worten verlassen: "Unser finanzpolitisches Konzept kostet 300 Milliarden Euro, das glaubt uns doch kein Mensch." Müssten Sie es als ehemaliger Finanzminister nicht besser wissen?

**Lafontaine:** Ich weiß es ja auch besser. Insofern danke ich Ihnen auch für diese Frage. Die Linke ist die einzige Partei, die ein

*„Nicht gerade freundlich gesonnen“ wäre für dieses Interview noch euphemistisch – die Haltung des ZDF-„Journalisten“ ist geradezu feindselig.*

*Ist das so?*

*Sehen Sie sich bitte auch dieses Interview an und vergleichen Sie selbst!*

*Der gebetsmühlenartig vorgebrachte Vorwurf, die Vorschläge der „Linken“ wären populistisch, unrealistisch und nicht finanzierbar. Mehrere hundert Mrd. EUR für „systemische“ Banken waren aber offenbar innerhalb weniger Wochen verfügbar.*



realistisches Steuerkonzept hat. Zunächst einmal haben wir im Bundestag - und auch das ist ja nicht bekannt, insofern vielen Dank, dass ich es hier sagen darf - Steuersenkungsanträge gestellt und zwar all die Anträge, die jetzt nach der Wahl von CDU und FDP befürwortet werden. Als die Kassen voll waren, haben CDU und FDP alles abgelehnt. Wir haben vorgeschlagen, den Tarif linear zu machen. Das wäre für die meisten, die hier sitzen, ein Vorteil, weil Facharbeiter und kleine Betriebe entlastet werden. Wir haben vorgeschlagen, die kalte Progression abzuschaffen. CDU, FDP und die andern haben abgelehnt. Wir haben vorgeschlagen, die Betriebe dadurch zu entlasten, dass der investierende Unternehmer stärker abschreiben kann. Alle anderen Parteien haben abgelehnt. Wir waren die einzige Partei, die bei der Pendlerpauschale gesagt hat: Ihr könnt die Arbeitnehmer nicht zusätzlich belasten. Also auf der einen Seite sind in unserem Konzept Steuerentlastungen. Jetzt müssen wir aber gegenfinanzieren. Da sind wir ehrlich, im Gegensatz zu den anderen. Wir sind die einzigen, die sagen, wir wollen die Vermögenssteuer so haben wie in England, das sind 90 Milliarden mehr Einnahmen. Und, wir wollen die Börsenumsätze besteuern. Das wären im letzten Jahr 70 Milliarden Euro mehr Einnahmen gewesen. Dazu kommen noch Vorschläge zum Spitzensteuersatz und zur Unternehmensbesteuerung. Wir kommen also in die Nähe der Zahlen, nach denen Sie gefragt haben, nicht 300 Milliarden - das sind ja die Zahlen der Gegner - maßlos übertrieben. Aber unsere Gegenfinanzierungsvorschläge sind, wenn Sie jetzt gerechnet haben, 180 Milliarden Euro.

**ZDF:** Der Wirtschaftsexperte Hickel sagt: Das ist alles unrealistisch. Und er ist wahrlich ein Linker, der Sie gelegentlich berät, wie man lesen kann.

*Unabhängig davon, wie man zu den „Linken“ oder „Lafontaine“ steht: Es ist ein Skandal, die Bevölkerung immer weiter zu belasten und gleichzeitig auf Börsensteuern und Vermögenssteuern zu verzichten. Dies ist nicht nur ungerecht, es ist auch makroökonomisch dumm. Insofern hat Lafontaine hier in der Sache recht.*

**Lafontaine:** Das ist eine Meinung, die durch die Praxis widerlegt ist. Es kann mir ja niemand, der noch alle Tassen im Schrank hat, sagen: Was in Großbritannien geht, geht hier nicht. Und, dass man den Börsenumsatz nicht mit einem Prozent besteuern kann, also, dass man nicht für eine 100-Euro-Aktie 101 Euro bezahlen kann, kann ja nur jemand behaupten, der die Dinge nicht kennt.

**ZDF:** Das wollen die Sozialdemokraten allerdings auch.

**Lafontaine:** Nein, das wollen sie nicht, da muss ich Sie korrigieren.

**ZDF:** Doch, die Sozialdemokraten wollen auch die Umsatzsteuer erhöhen.

**Lafontaine:** Ja, sie wollen das aber nur in der Höhe etwa von drei Milliarden Euro. Wir sagen: den gesamten Börsenumsatz. Das wären 70 Milliarden, das ist ein kleiner Unterschied.

**ZDF:** Kommen wir noch einmal zurück auf Ihr Verhältnis zur SPD. Was halten Sie eigentlich von Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier? Kann der Kanzler?

**Lafontaine:** Ich kam mit ihm gut zurecht, als er Chef des Kanzleramtes war. Wenn man in einem Wahlkampf die Spitzenfunktion hat, muss man sich als Wahlkämpfer bewähren. Warten wir mal ab, ob ihm das gelingt. Hier habe ich selbst noch keine Erfahrung mit ihm. Auf der anderen Seite ist das Hauptproblem, dass die SPD nach wie vor an Hartz IV festhält, dass sie nach wie vor an der Agenda 2010 festhält und dass Sie nach wie vor den Krieg in Afghanistan befürwortet. Ich glaube, das sind die Themen, die die Menschen interessieren. Wir brauchen eine andere Politik.

**ZDF:** Ist der Kanzlerkandidat ein Mann zu einer rot-roten Perspektive?

***Nochmal: Nach den Verwerfungen an den Finanzmärkten ist es geradezu skandalös, auf eine Börsensteuer zu verzichten. Diese würde nicht nur Dutzende Mrd. EUR im Jahr einbringen, sie würde auch dazu beitragen, die gefährliche Dynamik der Finanzströme zu dämpfen.***

***Unsaubere Sprachverwendung („Umsatzsteuer“ anstatt „Börsenumsatzsteuer“) – Absicht?***

***In der Tat.***

***"Kann der Kanzler?" – vielleicht ist bei der BILD-Zeitung noch eine Stelle frei (s. o.)...***

***"Wir brauchen eine andere Politik" – wohl wahr. Leider werden Millionen Menschen sehr wahrscheinlich im Herbst die bisherige Politik mit ihrer Wahl***

rot-roten Perspektive?

**Lafontaine:** Ich wollte noch etwas sagen zu unserer Politik, das ist mein Anliegen als Vorsitzender der Linken. Wir wollen nicht, dass Arbeitnehmer, die Jahrzehnte lang gearbeitet haben durch Hartz IV nach einem Jahr genauso behandelt werden wie ein Mensch, der nie gearbeitet hat. Das muss geändert werden. Das möchten wir bei der SPD durchsetzen. Ich möchte natürlich, dass der Kanzlerkandidat Steinmeier sich für eine andere Rentenformel begeistert, um uns entgegenzukommen. Zurzeit kriegt jemand, der 1000 Euro verdient, 400 Euro Rente, wenn er 45 Jahre gearbeitet hat. Das ist für mich ein riesiger Skandal. Wir möchten eine Rentenformel wiederherstellen, damit er zumindest über dem Mindestsatz und der Grundsicherung liegt. Das sind unsere Ziele.

**ZDF:** Das war zwar keine Antwort auf meine Frage, aber egal. Herr Lafontaine, wenn eine Zusammenarbeit zwischen SPD und den Linken nach 2009 möglich ist, gewollt wird, sie aber an Ihnen scheitert, weil es zu viele Widerstände in Ihrer alten Partei am ehemaligen Vorsitzenden gibt - machen Sie den Platz dann frei?

**Lafontaine:** Ich habe immer gesagt: Wenn es vernünftige Vereinbarungen gibt, stehe ich keiner Vereinbarung im Wege, denn ich bin an der Sache interessiert. Für eine gute Rentenformel, damit die Menschen im Alter würdig leben können, würde ich sehr viel tun. Ich würde auch nicht im Wege stehen. Für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro würde ich sehr viel tun. Im Übrigen: Wann immer die deutschen Journalisten sagen, das sei alles übertrieben - hier in Luxemburg beträgt der Facharbeiter-Mindestlohn fast zwölf Euro. Da soll man eben doch mal sehen, dass in dem hochproduktiven Deutschland dasselbe möglich ist wie in Luxemburg und in Frankreich. Wir wollen die Hungerlöhne in Deutschland endgültig

*bestätigen und für weitere Jahre zementieren – überwiegend zu ihrem eigenen Schaden, was sie (v. a. durch die massive Manipulation der neoliberalen Medien) aber nicht verstehen. Wie wirksam diese Manipulation ist, wird u. a. in den Befragungen von Passanten deutlich, die während des Interviews eingeblendet werden (siehe o. a. Link und dann „Video starten“ auswählen). Mehrere Personen „plappern“ dort 1:1 die Aussagen nach, die ständig von den neoliberalen Massenmedien propagiert werden.*

*So ist es. Leider werden in den meisten Massenmedien „Alte“ und „Junge“ lieber gegeneinander ausgespielt, anstatt den eigentlichen Skandal zu thematisieren.*

<p>wollen die Hungerlöhne in Deutschland endgültig Geschichte werden lassen.</p> <p><b>ZDF:</b> Werden die Linken Lafontaine überleben?</p> <p><b>Lafontaine:</b> Das ist natürlich meine große Hoffnung. Es kann ja nicht sein, dass eine einzige Person eine Partei am Leben hält. Wir haben sehr viele gute Nachwuchskräfte, wir haben uns programmatisch erneuert und ich glaube, das ist eine gute Grundlage. Wir haben als einzige Partei - nach meinem Glauben - eine Antwort auf die Finanzkrise. Wir wollen, dass die Betriebe Mitarbeiter-Betriebe werden, dass Belegschaftsbeteiligungen die Grundlage werden, denn die Belegschaften würden die Spekulation der Porsches, der Merkles, der Schefflers und wie Sie alle heißen, nicht mitmachen. Sie würden seriös mit dem Kapital umgehen, das ihnen die Arbeitsplätze sichert. Das ist unsere große Vision</p>	<p><i>Leider geht die (politisch verursachte) Entwicklung in die andere Richtung: „working-poor“ wird auch hier zum Massenphänomen.</i></p> <p><i>Wichtiger Punkt! Demokratie ist eben mehr als alle paar Jahre ein Kreuz machen und hinterher immer die gleiche Politik (ggf. in anderen Farben) präsentiert zu bekommen. Arbeitleister müssen gegenüber ihren Arbeitnutzern dringend mehr Rechte erhalten – viele unzumutbare Zustände würden sich dann bereits dezentral auf Betriebsebene beheben lassen, ohne dass jedes Mal der Staat als „Reparaturbetrieb“ eingreifen muss. Diese Form von Freiheit ist natürlich nie gemeint, wenn Neoliberale „Mehr Freiheit – weniger Staat“ rufen...</i></p>
---	--

Im Nachgang zu diesem für das ZDF beschämenden Interview tritt Peter Frey auf der Website von „Berlin direkt“ noch einmal nach:

[Onlinequelle: <http://berlindirekt.zdf.de/ZDFde/inhalt/28/0,1872,7603772,00.html>]

[...] „Im Fernsehen die Contenance zu wahren, gehört zum ersten, was Spitzenpolitiker lernen - was oft genug dazu führt, dass solche Gespräche nicht gerade enthüllend sind. Das gilt, räumen wir es doch ein, auch oft genug für die Sommerinterviews, im ZDF und anderswo. Doch diesmal war es anders. Diesmal zeigte ein Mächtiger, wo er wirklich empfindlich ist. Der Vorwurf als Finanzminister und SPD-Chef "hingeschmissen" zu haben, regte Lafontaine nicht nur auf, es verführte ihn dazu, solche Vorwürfe "dämlich" zu nennen, von "Diffamierung" zu reden, zwischen "anständigen" und anderen Journalisten zu unterscheiden.“ [...]

Peter Frey hat innerhalb kürzester Zeit 6 (!) Mal auf unterschiedlich abwertende Art und Weise den Vorwurf gegenüber Lafontaine erhoben, dieser hätte „hingeschmissen“ (s. o.).<sup>3</sup>

[...] „Der Ausraster gibt denjenigen recht, die mutmaßen, Lafontaine sei mit seinem freiwilligen Ausscheiden aus der SPD nie zurecht gekommen - immerhin war er neben Bundeskanzler Schröder als SPD-Parteivorsitzender und Finanzminister einer der mächtigsten Männer der Bundesrepublik. Wie weh es tut, daran erinnert zu werden, das kann der Zuschauer im Sommerinterview wahrlich miterleben.“ [...]

Oskar Lafontaine rastet also aus, nachdem ihm „nur“ 6 Mal hintereinander in „höflicher“ Art und Weise („hinschmeißen“ ist doch wohl kaum diffamierender als „das Amt niederlegen“, oder?) die gleiche Vorhaltung gemacht wurde. Seltsam nur, dass im Video von einem „Ausraster“ nichts zu sehen ist (überzeugen Sie sich selbst).

[...] „Fernsehen lebt nebenbei nicht nur vom Gesagten, sondern auch davon, wie es gesagt wird. In Lafontaines Fall sind nicht nur verbale Entgleisungen zu hören, sondern auch Bilder von einem Mann zu sehen, der kaum ruhig stehen kann und der hinter der Fassade seines Lächelns (vielleicht abschätzig, vielleicht hochmütig) vieles andere versteckt. Immerhin steht er vor einer empfindlichen Niederlage.“ [...]

Verbale Entgleisungen sind in „Lafontaines Fall“ wirklich festzustellen, jedoch nicht seitens Lafontaine. Eben war außerdem noch von einem „Ausraster“ die Rede, jetzt scheint Lafontaine plötzlich eine undurchdringliche „Fassade des Lächelns“ aufgesetzt zu haben. Sehen Sie sich das Video am besten an und urteilen Sie dann selbst. Peter Frey ist offenbar zu befangen, als dass man seine Ergüsse noch weiter ernst nehmen könnte.

[...] „Fazit: Der Mythos Oskar verblasst. Das lässt den Mann unsicher werden. Da muss ein Journalist schon mal als Punching Ball herhalten. Sogar im Sommerinterview.“

---

<sup>3</sup> Eigentlich sogar 7 Mal, wenn man den „Steckbrief“ (eine Art kurzer Lebenslauf) zu Oskar Lafontaine mitzählt. Hier ist unter dem Datum 1999 vermerkt „schmeißt alle Ämter hin“. Sicherlich würde Peter Frey in seinem eigenen Lebenslauf im Falle einer Kündigung seinerseits auch schreiben: „schmeißt beim ZDF hin“...

**Fazit:**

Der Kampagnenjournalismus gegen die „Linke“ und ihre Vertreter hat in den deutschen Massenmedien mittlerweile erschreckende Züge angenommen. Selbst in vermeintlich harmlosen Gesprächssituationen wie dem „ZDF Sommerinterview“ kann von einer neutralen Gleichbehandlung der Parteien nicht die Rede sein<sup>4</sup> (vergleichen Sie bitte dieses Interview mit demjenigen von A. Merkel). Wie sich exemplarisch am SPIEGEL-Interview zeigen ließ, wird jede Auseinandersetzung auf der Sachebene seitens der Journalisten möglichst schnell durch Themenwechsel oder persönliche Angriffe abgeblockt. Stattdessen werden die immer gleichen Vorwürfe, Stereotypen und Clichés gebetsmühlenartig abgearbeitet mit dem Ziel, „linke“ Positionen als radikal, unrealistisch, unfinanzierbar, ideologisch usw. darzustellen. Wenn Sie die gängigen „Mainstream“-Medien aufmerksam verfolgen, werden Sie immer und immer wieder auf diese Art der manipulativen Gesprächsführung stoßen. Lesen Sie Kommentare in Internetforen, sprechen Sie mit Menschen „auf der Straße“ bzw. Bekannten. Sicherlich werden Sie viele Versatzstücke wiederfinden – die neoliberale Medienmaschine läuft auf Hochtouren. Es ist leider eine hohe Medienkompetenz erforderlich, um die nicht selten professionell geplante Manipulation zu durchschauen. Viele Menschen haben weder Zeit noch ausreichend Bildung, um dies leisten zu können. Diese Kurzanalyse hat das Ziel, einige typische Manipulationen schlaglichtartig zu beleuchten. Wenn sie für Sie hilfreich war, geben Sie bitte ihre Erkenntnisse an Menschen in Ihrem Umfeld weiter. Vielen Dank.

---

<sup>4</sup> Nur ein weiteres Beispiel: Der Fernsehsender „n-tv“ präsentiert auf seiner Internetpräsenz eine ausführliche Bilderserie mit dem Titel „Machtmensch, Demagoge, Populist – Oskar Lafontaine“ . Die entsprechenden Serien „Machtmensch, Demagoge, Populist...“ Koch, Seehofer, Merz, Merkel usw. sucht man vergebens. Zufall? (Siehe: <http://www.n-tv.de/bilderserien/politik/Machtmensch-Demagoge-Populist-Oskar-Lafontaine-article23128.html>)